

Schluss mit der Naivität

Viele Deutsche wünschen sich eine andere Migrationspolitik. Warum sich die Probleme so schwer lösen lassen

Die Themen Migration und Integration werden den kommenden Bundestagswahlkampf bestimmen. Die übergroße Mehrheit der Menschen in Deutschland wünscht sich eine andere Einwanderungspolitik und wird die Parteien auch danach beurteilen, wie sie die gegenwärtige Migrationskrise lösen wollen. Die optimistische Losung der ehemaligen Bundeskanzlerin, es lasse sich allein mit gutem Willen eine funktionierende multikulturelle Gesellschaft bauen, hat sich als Irrtum erwiesen.

Spätestens seit den Morden von Mannheim und Solingen ist unübersehbar, dass Integration häufig misslingt. Islamismus, Antisemitismus, Parallelgesellschaften und die Erosion der öffentlichen Sicherheit sind sichtbare Zeichen einer fortschreitenden Desintegration. Viele Jahre lang wurden diese Schattenseiten der Zuwanderung von Politik, Medien und Wissenschaft relativiert, ausgeblendet oder tabuisiert. Dadurch sind sie natürlich nicht verschwunden. Die entstandene Repräsentationslücke wurde vielmehr von Parteien der politischen Ränder besetzt.

über das Migrationsgeschehen. Falsche finanzielle Anreize und die verschwimmende Grenze zwischen Wirtschafts- und Asylmigration haben zu einer starken Zunahme der irregulären Zuwanderung geführt. Die Kommunen sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen. Selbst Landräte

und Bürgermeister aus traditionell migrationsfreundlichen Parteien fordern mittlerweile eine Beschränkung der Zuwanderung.

Die erkannten Probleme lassen sich auch deshalb nur schwer lösen, weil Deutschland – anders als klassische Einwanderungsländer – keine kohärente Einwanderungsstrategie besitzt, Diskussionen verkümmern rasch zu parteipolitischem Gezänk. Die Differenzen zwischen den Lagern sind gravierend. Sie reichen von einer vollständigen Ablehnung jeder Migration am rechten Rand über die verzögerte Anerkennung des Faktischen im konservativen Milieu bis zur postnationalen Utopie einer Weltgesellschaft, in der jedem Menschen an jedem Ort die gleichen Rechte zustehen sollen.

Vor allem aber gibt es eine manifeste Überregulierung. Zahllose Zusätze zur Genfer Flüchtlingskonvention, Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und des Gerichtshofs der Europäischen Union sowie eine differenzierte Auslegung der EU-Grundrechtecharta haben den Spielraum der Nationalstaaten für politische Lösungen kontinuierlich verengt.

Wenn Politik wieder handlungsfähig werden soll, muss sie an vielen Punkten zugleich ansetzen. Entscheidend ist daher, sich zunächst das übergeordnete Ziel vor Augen zu führen. Grundsätzlich geht es um eine ausbalancierte Regelung des Migrationsgeschehens, die sich an europäischen Werten, an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes sowie an den vorhandenen gesellschaftlichen Kapazitäten orientiert.

Deutsche Politiker erklären gern, sie strebten nach europäischen Lösungen und einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge. Eine europäische Lösung, die längst existiert, sind die sogenannten Dublin-Verträge. Sie legen fest, dass Flüchtlinge grundsätzlich in dem Land bleiben und ihre Asylanträge bearbeiten lassen müssen, in dem sie europäischen Boden betreten. Da Deutschland

keine europäischen Außengrenzen besitzt, würde dies alle Personen betreffen, die nicht über einen deutschen Flughafen einreisen. Theoretisch dürften also gar keine Flüchtlinge in Deutschland ankommen.

Tatsächlich jedoch sind die Dublin-Vereinbarungen gescheitert. Viele EU-Mitgliedsstaaten lassen Zuwanderer passieren, wenn die angeben, nach Deutschland weiterziehen zu wollen. Auch die viel beschworene gerechte Verteilung lässt sich nicht umsetzen, weil erhöhte Aufnahmen von Zuwanderern schlichtweg abgelehnt werden. Einige Staaten bestehen sogar darauf, niemanden mehr aufzunehmen.

Friedrich Merz hat angesichts dieser Situation vorgeschlagen, Zuwanderer in die Länder zurückzuschicken, die gemäß der Dublin-Verträge für die Bearbeitung der Asylanträge zuständig sind. Das ist bedenkenswert, weil dadurch ein Kaskadeneffekt ausgelöst würde, der letztendlich zu einem besseren Schutz der Außengrenzen führen könnte. Bislang sind diese durchlässig. Mehrere Länder, Deutschland darunter, haben sich deshalb entschlossen, wieder Kontrollen an den nationalen Grenzen durchzuführen. Nach europäischem Recht dürfen dabei aufgegriffene Flüchtlinge allerdings nicht abgewiesen werden, wenn sie angeben, Asyl beantragen zu wollen.

Doch auch dieses Non-Refoulement-Prinzip gilt längst nicht mehr uneingeschränkt. Mittlerweile schaffen manche EU-Mitgliedsländer sogar Sonderregeln, die den europäischen Grundsätzen widersprechen. Während die ungarische Regierung von Viktor Orbán dafür noch mit Strafzahlungen sanktioniert wird, ist Brüssel offenbar bereit, für Polen und Finnland Ausnahmen zu machen. Ausschlaggebend ist, dass sie darauf verweisen, die Probleme an ihren Außengrenzen mit Russland und Belarus würden als Teil einer hybriden Kriegsführung gezielt herbeigeführt. Tatsächlich haben sowohl der russische

wie der belarussische Staatschef in der Vergangenheit gezielt Flüchtlinge angeworben, um sie an die Grenzen Polens und Finnlands zu bringen und zum Grenzübertritt zu drängen. Das Langzeitziel war und bleibt die Destabilisierung der EU.

Insgesamt können Grenzkontrollen und Zurückweisungen jedoch nur Übergangsregelungen sein. Eine dauerhafte Lösung könnte hingegen darin bestehen, Asylverfahren in Drittstaaten auszulagern und dort auch sichere Gebiete für anerkannte Flüchtlinge auszuweisen, wie der Migrationsforscher Ruud Koopmans vorschlägt. Rechtlich ist dies allerdings umstritten. Zwar haben Schutzsuchende keinen Anspruch darauf, sich ein Land zur Prüfung ihrer Asylanträge auszusuchen, wenn sie in einem anderen ebenso sicher sind. Aber auch hier greift die Justiz rasch ein. Jüngste Vorstöße Großbritanniens und Italiens etwa, Asylverfahren nach Ruanda und Albanien auszulagern, wurden fast umgehend von Gerichten gestoppt.

Insgesamt krankt das europäische Asylsystem daran, dass es im Laufe der vergangenen Jahrzehnte immer komplizierter geworden ist und politische Entscheidungen in einem undurchdringlichen Geflecht von Regularien stecken bleiben. Der Rechtswissenschaftler Daniel Thym hat angeregt, es wieder zu seinem eigentlichen Ursprung rückzubauen, um Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Vorrangig wären eine Entschlackung von Prüfverfahren und eine strengere Handhabung bestehender Gesetze. Noch sind dies lediglich Ideen, aber durch veränderte politische Rahmenbedingungen und Machtverhältnisse innerhalb der EU könnten solche Optionen in den Bereich des Denkbaren rücken.

Schnelle Lösungen für die gegenwärtigen deutschen Probleme wären dies nicht. CDU-Chef Friedrich Merz hat deshalb die Ausrufung einer nationalen

Notlage angeregt. Sie würde weitere Grenzkontrollen und Zurückweisungen möglich machen. Aber ließe sich dieser Schritt rechtfertigen? Zwei Gründe sprechen dafür: Zum einen befinden sich die Kommunen aufgrund der strukturellen Überlastung von Ämtern, Schulen und Kindertagesstätten sowie des Mangels an Wohnungen, Lehrern, Sozialarbeitern, Polizisten, Richtern und Ärzten tatsächlich in einer Notlage. Zum anderen ließe sich auch auf die Erosion der öffentlichen Sicherheit verweisen.

Sicherheitsprobleme resultieren dabei nicht allein aus der schieren Anzahl von Migranten, sondern primär aus spezifischen kulturellen und religiösen Prägungen. Genauer: aus islamistischen Überzeugungen, die in einigen Zuwanderergruppen verstärkt auftreten, die seit 2015 Aufnahme in Deutschland gefunden haben. Man könnte sogar sagen, dass ein großer Teil der Integrationsprobleme auf den Islamismus zurückzuführen ist. Islamistische Akteure sind nicht nur Personen, die auf Demonstrationen ein Kalifat fordern, als Clanmitglieder kriminell werden oder Hamas-Parolen grölen, sondern auch junge Männer, die sexuell übergriffig werden, weil sie europäische Frauen für ehrlos halten.

Lange Zeit wurden solche Phänomene heruntergespielt und diejenigen, die Missstände kritisierten, als »antimuslimische Rassisten« verunglimpft. Dadurch ist wertvolle Zeit vertan worden. Nun werden dringend Konzepte benötigt, um den Islamismus mit den Mitteln der Prävention und der Repression zurückzudrängen.

In jeder Hinsicht wäre es notwendig, sich von einer lieb gewonnenen Naivität zu verabschieden. Nicht jeder Zuwanderer kommt nach Deutschland, weil er Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit schätzt. Die Anhänger eines Kalifats, die behaupten, muslimische und deutsche Werte seien nicht zu vereinba-

ren, hatten jedenfalls andere Motive.

Hilfreich wäre es daher, künftig wesentlich trennschärfer zwischen Flucht und Wirtschaftsmigration zu unterscheiden. Wer Schutz sucht, dem muss geholfen werden, das gebietet die Humanität. Doch wer auf der – legitimen – Suche nach besseren Lebensbedingungen ist, der kann nur dann Aufnahme finden, wenn er etwas zum Gemeinwohl der aufnehmenden Gesellschaft beiträgt und deren Werte akzeptiert. Dafür muss die Politik sorgen.

Sie muss sogenannte Pull-Faktoren reduzieren, also Anreize für noch mehr Zuwanderung. Dazu gehören großzügige finanzielle Transferleistungen, der sofortige Zugang zum Sozialsystem oder gute Bleibeperspektiven auch für abgelehnte Asylbewerber. Hohe materielle Erwartungen befeuern Schlepperwesen, Menschenhandel und füllen die Kassen von Warlords. Humanitär ist das nicht – im Gegenteil. Tausende sterben auf Fluchtrouten, und nur die Stärksten kommen durch. Wer Pull-Faktoren reduziert, würde Deutschland weniger attraktiv für Glücksritter machen, aber Kapazitäten schaffen, um Kontingente wirklich Bedürftiger aufzunehmen, die bislang auf der Strecke bleiben: Frauen, Kinder und alte Menschen.

Wer in Deutschland arbeiten und in einer liberalen Demokratie leben möchte, dem sollten legale Migrationswege eröffnet werden. Das wäre gleichermaßen im Sinne des Humanismus und zum Wohle der einheimischen Bevölkerung.